



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 31.10.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 7. November 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 23-F-63-0100

Vorbereitung der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags an ESWE-Verkehr
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.10.2023 -

Berichterstattung durch Dezernat V

2. Genehmigung der Niederschriften

Antrag aus der Sitzung vom 12.09.2024:

3. 24-F-22-0052

360-Grad-Kameras

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Der Kommunalverkehr Rhein-Nahe (KRN) hat Anfang des Jahres 2024 eine dreimonatige Testphase mit 360-Grad-Kameras in seinen Bussen durchgeführt.

Die Kameras sind auf der linken und rechten Seite sowie im Front- und Heckbereich des Busses installiert. Die aufgezeichneten Bilder der Kameras werden von dem System zu einem Bild zusammengesetzt und dem Fahrpersonal auf einem Monitor angezeigt, sodass es einen Blick von oben auf den Bus erhält.

Der KRN erhofft sich von dem System, dass es zu weniger Personenschäden kommt, da doch immer wieder Personen zu nahe an den Bus gelangen. Weiter kann dem Fahrpersonal in engen oder zugeparkten Straßen geholfen werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit dem Kommunalverkehr Rhein-Nahe Kontakt aufzunehmen und sich über die dort gemachten Erfahrungen in der Testphase der 360-Grad-Kameras zu informieren und dem Ausschuss für Mobilität darüber zu berichten;
2. zu prüfen, ob eine solche Testphase auch in Wiesbaden durchgeführt werden soll;
3. zu berichten, welche (technischen) Hilfsmittel dem Fahrpersonal aktuell zur Verfügung stehen;
4. zu prüfen, ob solche 360-Grad-Kameras nicht auch in anderen kommunalen Fahrzeugen, wie z. B. der Müllabfuhr, sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Anträge zur Sitzung am 07.11.2024:

4. 24-F-22-0067

Parkdruck in Biebrich und Schierstein

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 30.10.2024 -

Durch wiederholte Bürgeranfragen und Presseberichterstattung ist das Parken in den engen Gassen von Biebrich und Schierstein immer wieder Thema.

Die Bürger parken ihr Fahrzeug wie seit Jahren eingeübt halbhüftig auf dem Gehweg und bekommen in den letzten Monaten vermehrt Strafzettel dafür.

Parken sie stattdessen auf der Straße, ist die Fahrbahn zu eng. Ausreichend Parkraum steht anderweitig nicht zur Verfügung.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie sich die aktuelle Parksituation in den Biebricher und Schiersteiner Straßen aus seiner Sicht darstellt,
2. zu berichten, welcher Anlass die zahlreichen Kontrollaktionen dort auslöste,
3. zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen werden, sodass die Bürger ordnungsmäßig ihre Fahrzeuge parken können, die Fußgänger nicht von den parkenden Fahrzeugen beeinträchtigt werden und Rettungswagen und Müllabfuhr die Straßen problemlos befahren können

4. zu prüfen, ob und wie Stellflächen städtischer Behörden oder städtischer Tochterunternehmen zur nächtlichen Nutzung und am Wochenende bereitgestellt werden können. Weiter soll Kontakt mit privaten Unternehmen und Einrichtungen des Landes Hessen bzw. des Bundes in Wiesbaden, die größere Stellflächen vorhalten (z. B. Supermärkte und Bürokomplexe), aufgenommen werden, um zu erfahren, ob und wie deren Stellflächen in den Nachtstunden und am Wochenende zur Verfügung gestellt werden können. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Mobilität zeitnah vorzustellen.

5. 24-F-63-0082

Falschparken ist kein Kavaliersdelikt

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt vom 30.10.2024 -

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs stellt einen wesentlichen Beitrag zur Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum dar. Falschparken beeinträchtigt nicht nur den Verkehrsfluss, sondern gefährdet auch die Verkehrssicherheit für Fuß- und Radverkehr und behindert den öffentlichen Nahverkehr sowie im schlimmsten Fall Einsatz- und Rettungskräfte.

Der Antrag zielt darauf ab, Transparenz über die derzeitige Parkraumüberwachung zu schaffen und einen umfassenden Überblick über die bestehenden Maßnahmen und deren Ergebnisse zu gewinnen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dem Ausschuss oder auf einer geeigneten Plattform regelmäßig (halbjährlich mit einem ersten Bericht im 1. Quartal 2025) den Sachstand zur Parkraumüberwachung mitzuteilen. Folgende Aspekte sollen daraus ersichtlich werden:

1. Der zur Kontrolle eingesetzte Arbeitsaufwand in einer geeigneten Messgröße (bspw. Personalstunden).
2. Die Anzahl eingeleiteter Ordnungswidrigkeits- und Bußgeldverfahren aufgrund von Park- oder Halteverstößen. Die dokumentierten Verstöße sollen dabei in geeignete Kategorien eingeteilt werden, sodass ersichtlich wird, wie hoch der Anteil gefährdender und behinderender Tatbestände, also beispielsweise irreguläres Parken und Halten in/an/auf
 - Feuerwehrzufahrten,
 - Kreuzungsbereichen
 - Fußgängerüberwegen, Gehwege & Fußgängerzonen,
 - Bus- und Radspuren,
 - zweiter Reihe,
 - Fahrradstraßenausfällt.
3. Die Anzahl eingeleiteter Abschleppvorgänge, wenn möglich unter Angabe des jeweils kategorisierten Parkverstößes und des Initiators (wie bspw. durch ESWE Verkehr)

6. 24-F-63-0081

Mehr Flexibilität in den Ortsteilen: Wiesbadens Chancen der neuerlichen StVO-Novelle

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 30.10.2024 -

Im Rahmen der Sechsfundfünfzigsten Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften sollte auch die Straßenverkehrsordnung überarbeitet werden. Die Abschnitte zur StVO haben - im Gegensatz zu den anderen Abschnitten - eine Ehrenrunde zur Einigung über den Bundesrat gedreht.

Im Zeichen der Subsidiarität wird den Ländern und den Kommunen mehr Gestaltungs- und Handlungsspielraum eingeräumt - vor allem in den Bereichen Geschwindigkeit, Bewohnerparken, Sonderfahrspuren; aber auch bei der Einrichtung von Fußgängerüberwegen. Länder und Kommunen "können neben der Leichtigkeit des Straßenverkehrs auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung bei ihren Anordnungen berücksichtigen, wenn die Sicherheit des Verkehrs dadurch nicht beeinträchtigt wird."¹

In der Vergangenheit wurden häufig Ortsbeiratsanträge zu den genannten Themenbereichen mit Verweis auf die fehlende Rechtsgrundlage abgelehnt.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Neuerungen konkret beinhaltet die StVO-Novelle?
2. welche neuen Handlungsspielräume werden dadurch für die Stadt Wiesbaden eröffnet?

7. 24-F-22-0069

Baustellensituation in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 30.10.2024 -

Die Baustellensituation in Wiesbaden und damit verbunden der Verkehrsfluss ist als katastrophal zu beschreiben. Dies hängt nicht mit der Arbeit der Fachverwaltung zusammen, sondern mit den gravierenden Fehlentscheidungen der Linkaußen-Kooperation, die insbesondere in der Verkehrspolitik Wiesbaden immer stärker zu einer dysfunktionalen Stadt macht - ähnlich, wie es bei Rot-Rot-Grün in Berlin der Fall war. Davor war vor der letzten Kommunalwahl noch gewarnt worden.

In Anbetracht der Haushaltsplanberatungen für 2025 stellt sich daher die Frage, inwieweit die Abwicklung von Baustellen - insbesondere zur Sanierung von Straßen - auf technischer Seite durch weitere Technologien bzw. mehr Haushaltsmittel beschleunigt werden können, um den Verkehrsfluss zu verbessern. In den vergangenen Jahren war es im Rahmen der kursorischen Lesungen in der Regel so, dass die Fachverwaltung dazu in der Lage war mit mehr Mitteln, die auf Grund der vollständig misslungenen Verkehrspolitik der Mehrheit, nicht genehmigt wurden, mehr Sanierungen bzw. Instandsetzungen durchzuführen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten durch die Fachverwaltung zu berichten:

1. Welche technischen Möglichkeiten sieht die Fachverwaltung die Baustellenabwicklung zu beschleunigen?

¹ <https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/24/1046/1046-pk.html?nn=4352766#top-50>

2. Besteht etwa bei Straßenreparaturen die Möglichkeit sogenannte Asphalt-Patcher einzusetzen bzw. wenn diese bereits eingesetzt werden, besteht die Möglichkeit weitere Asphalt-Patcher einzusetzen, um eine Beschleunigung von Bauvorhaben durchzuführen?
3. Bis zu welchem Betrag im Vergleich zum Kämmererentwurf könnten Mittel für Straßensanierungen/Reparaturen zugesetzt werden, sodass auch eine vernünftige planerische Abwicklung und bauliche Durchführung möglich ist?
4. Wie hoch wird der Investitionsstau bzgl. Straßensanierungen in Wiesbaden geschätzt?

8. 24-F-10-0019

Alternativkonzept Zufahrt Rheinufer Kastel

- Antrag der Fraktion AfD vom 22.10.2024 -

Laut Sitzungsvorlage vom 19. August 2024 (24-V-66-0218) wird der Bahnübergang am Kasteler Bahnhof dauerhaft geschlossen. Als Ersatz entsteht ein Tunnel, der jedoch ausschließlich dem Fuß- und Radverkehr vorbehalten ist. Eine PKW-Zufahrt über die Straße am Rheinufer wird durch die geplante Installierung von Pollern in Zukunft auch nicht mehr möglich sein. Der Autoverkehr von Wiesbaden und AKK kommend müsste deshalb den Umweg über die Landeshauptstadt Mainz nehmen. Gerade für die Straße am Rheinufer sieht die AfD Fraktion Möglichkeiten auf die Installierung von Pollern zu verzichten, da die DLRG im Notfall ihre Ausfahrt zur Rampenstraße nutzen könnte, falls parkende Autos die reguläre Zufahrt versperren.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

1. wie hoch die Kosten für einen Tunnel wären, der auch von PKW genutzt werden könnte.
2. wie hoch der Anteil der Landeshauptstadt Wiesbaden an einem solchen Bauvorhaben wäre.
3. ob die Deutsche Bahn AG, das Land Hessen und der Bund einer Neuplanung, die die Nutzung von PKW ermöglicht, zustimmen würde.
4. ob es eine Alternativlösung für die Straße am Rheinufer gibt, die ohne die Sperrung für PKW auskommen würde.
5. ob es eine Auswirkung auf die zehnminütige Hilfsfrist, im Falle von Rettungseinsätzen, gibt.

9. 24-F-15-0038

Anbindung der Buslinie 24 an die neue HSK

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 30.10.2024 -

Wir bitten um unverzügliche Anbindung der Buslinie 24 an die neue HSK.
Weiteres erfolgt mündlich.

Der Ausschuss für Mobilität wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Buslinie 24 unverzüglich die neue HSK anfährt.

10. 24-F-22-0068

Bereitstellung von Livedaten durch die MVG und Subunternehmer von ESWE Verkehr

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 30.10.2024 -

Digitale Verkehrsdaten ermöglichen den ÖPNV-Kunden eine verbesserte Reiseplanung und -koordination und tragen zur Verbesserung der Nutzerzufriedenheit bei. Echtzeitinformationen über Fahrpläne, Verspätungen und aktuelle Verkehrshindernisse helfen den Nutzern, ihre Reisen effizienter zu planen und alternative Routen zu finden, wenn es zu Störungen kommt. Durch den Zugang zu verlässlichen Echtzeitinformationen können die Nutzer ihre Reisezeiten optimieren und Wartezeiten minimieren. Neben den digitalen Anzeigen an vielen Haltestellen, nutzen viele Kunden auch Apps, z.B. von Google, Apple und insbesondere vom RMV.

Regelmäßigen Nutzern der App fällt jedoch auf, dass die Live-Daten nicht für alle Wiesbadener Busverbindungen zur Verfügung stehen. So erhalten einige Busverbindungen der Linie 6 und Linien, die von Subunternehmern der ESWE Verkehr bedient werden, teilweise gar keine Updates. Folglich werden diese als pünktlich angezeigt, auch wenn sie deutlich Verspätung haben oder gar ausfallen. Dies führt zu berechtigter Verärgerung bei den Kunden und einem deutlich verringerten Nutzen der App, zumal nicht angezeigt wird, ob für die entsprechende Verbindung Live-Daten zur Verfügung stehen oder nicht.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass auch die von ESWE Verkehr beauftragten Subunternehmer sowie die MVG für die in Wiesbaden betriebenen Linien Live-Daten (z.B. zur Einspeisung in die RMV-App) zur Verfügung zu stellen.

11. 24-F-15-0039

ESWE Verkehr: Sonntagsfahrplan barrierefrei!

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 30.10.2024 -

Der Sonntagsfahrplan ist aktuell nur über einen QR Code an den Haltestellen zur Verfügung. Dieser soll unverzüglich barrierefrei angeboten werden.

Der Ausschuss für Mobilität wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Aushänge an den Haltestellen für die Sonntagsfahrpläne unverzüglich komplett barrierefrei sind und nicht nur mittels eines QR-Codes angeboten werden.

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-V-66-0221

DL 27/24-9

Barrierefreier Knotenpunktumbau Rheinstraße / Schwalbacher Straße

2. 24-V-05-0017 DL 28/24-2
Anpassungen im Liniennetz am 15.12.2024

3. 24-V-66-0218 DL 28/24-7
Beseitigung Bahnübergang Mainz-Kastel

4. 24-V-66-0222
Holzstraße - Grundhafte Erneuerung, Ausführungsvorlage

Hinweis:

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.11.2024.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Voritzender